



## Weniger Arbeiten – Arbeit für alle?

Europäische Debatten über Arbeitszeitverkürzung

In: *express* 11/2016

»Travailler moins pour travailler tous« – so einfach klingt es, folgt man dem Slogan der französischen Organisation Collectif Roosevelt, die gemeinsam mit der deutschen attac-Gruppe ArbeitFAIRteilen in Brüssel eine Tagung unter dem Titel »Europäische Debatte zur Arbeitszeitverkürzung« initiiert hatte.

Schon im kurzen Einladungstext wurde deutlich, dass die Zielsetzung der Arbeitszeitverkürzung auf unterschiedliche, aber zusammenhängende Themen verweist: Arbeitszeitverkürzung soll Arbeit umverteilen – für mehr Arbeitsplätze bei gleichzeitig weniger unfreiwilliger Teilzeitarbeit und mehr Selbstbestimmung. Eine kürzere Arbeitszeit steht auch für gesündere Arbeits- und Lebensverhältnisse, mehr Zeit für Familie und Sozialleben, mehr Zeit für sich selbst und für die Überwindung kapitalistischer Wachstumszwänge.

Die Veranstaltung am 20./21. Oktober 2016 wurde ermöglicht durch die Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel und die EP-Fraktion GUE/NGL (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke), namentlich durch Thomas Händel. Und sie wurde ihrer Programmatik voll gerecht.

40 TeilnehmerInnen aus sieben Ländern saßen zusammen, darunter PolitikerInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von NGOs. Die Mehrdimensionalität des Themas spiegelte sich auch in der Darstellung der unterschiedlichen Ausgangslagen durch die AktivistInnen und WissenschaftlerInnen. Forderungen nach einer 32-Stunden-Woche sind bereits Bestandteil von gewerkschaftlichen Programmen. Aber zu einer erfolgreichen Arbeitsumverteilung gehört nicht nur der Lohnerhalt, sondern vor allem der Personalausgleich, also die reale Umverteilung der Arbeit auf mehr Hände und Köpfe – dies sei das dickste Brett, so Steffen Lehndorff in seinem Vortrag.

Die schon erwähnten Zusammenhänge zwischen der Arbeitssituation und der eigenen Gesundheit, den sozialen Beziehungen und Fragen der Geschlechtergerechtigkeit kamen mehrfach zur Sprache. Dabei wurden auch die unterschiedlichen Bedingungen deutlich, u.a. zwischen industrieller Arbeit und Dienstleistungsarbeit für die »öffentliche Hand« oder im Care-Bereich. Dies führte in der Diskussion auch zu unterschiedlichen Denkansätzen bei Modellen für eine Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung und der jeweiligen Finanzierung: z.B. kürzere tägliche Schichten vs. 14 Tage »Verfügungszeit«, Finanzierung zu Lasten der Gewinne oder durch Steuern.

Das Treffen war erfreulich hierarchiefrei. »Namhafte« und »Namenlose«, RepräsentantInnen von Organisationen ebenso wie interessierte Individuen mit oder ohne Mandat kamen gleichberechtigt zu Wort. Ebenso erfreulich: Die Beiträge bewegten sich nicht in abstrakten Gefilden, sondern waren von konkreten Erfahrungen geprägt.

Ein Teilnehmer beschrieb in seiner Funktion als Stadtrat in Göteborg, wie in einem Pflegeheim die Einführung von kürzerer Vollzeitarbeit für die Beschäftigten zur Verlängerung der bisherigen Teilzeitarbeit und zur Festeinstellung bisheriger LeiharbeiterInnen und, das Wichtigste, damit auch zu einer höheren Zufriedenheit bei den Beschäftigten und den BewohnerInnen im Heim geführt habe. Die Kommune Göteborg, so lässt sich festhalten, leistet sich dieses Experiment und zeigt, wieviel sich so – bei einer vertretbaren Kostensteigerung – verbessern lässt.

»Arbeit für alle«, so meldeten sich TeilnehmerInnen aus der französischen Arbeitslosen-Bewegung zu Wort, dürfe keineswegs bedeuten, dass die Würde und der Wert der Menschen mit Erwerbsarbeit verknüpft werden. Arbeitszeitverkürzung sei ein Instrument, Ziel jedoch das bessere Leben für alle.

Naheliegender ist die Frage, ob angesichts solcher Vielfalt und Vielstimmigkeit ein gemeinsames Projekt sichtbar werden konnte. Als Begriff wurde die »kurze Vollzeit« zum (kleinsten?) gemeinsamen Nenner. Eine solche neue Norm lässt genügend Spielraum für verschiedene Umsetzungsstrategien (regional, nach Branchen, nach Arbeitsinhalten u.ä.), aber sie kann in ganz Europa gelten und Wirkung entfalten.

Und diese Forderung wäre zugleich ein guter Motor, um nach 100 Jahren 8-Stunden-Tag und 50 Jahren 40-Stunden-Woche (beides bezogen auf Deutschland) endlich überzeugende neue Ziele zu setzen. Dabei waren sich die TeilnehmerInnen darin einig, dass die europäische Perspektive bekräftigt werden muss, denn die Probleme der Erwerbslosigkeit, der Migration und der Standortkonkurrenz lassen nationale Lösungen nicht mehr zu.

Worauf konnte man sich ansonsten einigen? Das bisherige Netzwerk kann durch die wertvollen Kontakte der Brüsseler Veranstaltung erweitert werden. VertreterInnen aus weiteren Ländern sollen gewonnen werden. Nationale Strategien, z.B. im Zusammenhang mit Wahlkämpfen, wurden skizziert. Doch es war auch deutlich, dass eine europäische Ebene des Argumentierens und Agierens erst entstehen muss. So soll eine gemeinsame Plattform erarbeitet werden, auch eine Sommerschule wurde angesprochen. Und ein Folgetreffen, natürlich...

Viel Einsatz ist gefragt für diese Zielsetzungen. Hoffentlich machen bald mehr mit.

*Kontakt zur Initiative: Stephan Krull, [stephan@krullonline.de](mailto:stephan@krullonline.de)*

*\* Jutta Schneider ist Metalllerin, Mitglied der Initiative »30 Stunden für Europa« und verpasst ihre Rente in Berlin.*

**express** im Netz unter: [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)